Neue Freie Zeitung
Nr. 26 · Donnerstag, 29. Juni 2017 € 0,80

Österreichische Post AG
WZ 02Z032878 W
Neue Freie Zeitung (NFZ), Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a,
A-1080 Wien · Tel.: 01 512 35 35 0 · Fax: 01 512 35 359
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien

FPÖ will Kostentreiber im sozialen Wohnbau stoppen

Ein Hauptgrund für den stetigen Anstieg von Baukosten und Baupreisen sind die immer schärfer werdenden Normen und Auflagen. Oberösterreichs FPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Manfred Haimbuchner will jetzt diesem Normen-Dschungel auf den Leib rücken. S. 13

Foto: NFZ

FPÖ zwingt Koalition zu Offenbarungseid

Wie ernst ist es Rot und Schwarz mit der Umsetzung kopierter FPÖ-Ideen? S. 2/3

Foto: SPÖ Wien/Alexander Müller

Islamische Kindergärten: Ein typisches SPÖ-Problem

Der außer Kontrolle geratene Integrations-Irrweg der Wiener Genossen – S. 4/5

PARLAMENT

Peinliche Lehrstunde

Zur peinlichen Lehrstunde des Versagens geriet der Auftritt von ÖVP-Innenminister Wolfgang Sobotka im Bundesrat zum Personalnotstand bei der Exekutive. Wissend, dass bis 2020 mehr als 8.000 Beamte in Pension gehen, wurde nichts unternommen. S. 6

AUSSENPOLITIK

Mit Trump gegen Putin

Zuerst beklagen die EU-Regierungschefs die Sanktionspolitik von US-Präsident Donald Trump gegen Russland, um dann am EU-Gipfel ihre Sanktionen gegen Russland um ein weiteres halbes Jahr zu verlängern. Und das auch zum eigenen Schaden. S. 8/9

WIEN

Nichts als Schulden

2019 wird die rot-grüne Stadtregierung den Schuldenstand in ihrer Regierungszeit auf 7,2 Milliarden Euro vervierfacht haben – trotz des Einnahmenrekords aus dem Gebührenwucher. Für die FPÖ ist das schlicht die „Schreckensbilanz des rot-grünen Versagens“. S. 11

MEDIEN

Verfassungswidrig

Das von der Berliner großen Koalition vorgelegte Gesetz gegen „Hasspostings“ in den sozialen Netzwerken ist nach Ansicht von Experten verfassungswidrig. Die deutsche Internetwirtschaft will das Gesetz vor das Verfassungsgericht bringen. S. 14

Foto: NFZ

AUS DER REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Der deutsche SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz geißelte vor wenigen Tagen die angebliche Diskussionsverweigerung von Kanzlerin Angela Merkel zu Sachthemen als „Anschlag auf die Demokratie“ an.

Sein österreichischer Genosse Christian Kern will dagegen bestimmte Themen aus der Wahlkampfdiskussion ausklammern, wie die Probleme mit den islamischen Kindergärten, die vor allem in Wien grassieren.

Rote Machterhalter

Schuld ist das eklatante Versagen der Wiener Genossen, die derartige Einrichtungen islamistischer Vereine mit Millionen förderten, die dort sogar offen für den Dschihad warben.

Die Kontrollen beschränkten sich in erster Linie auf bauliche Vorschriften. Was die Kinder dort lernen, blieb oft schon allein wegen der sprachlichen Hürden unergründbar.

Denn die islamischen Vereine stellten in erster Linie in ihren Augen „brave Musliminnen“ ein, unterrichtet wurde zumeist in türkischer oder arabischer Sprache. Das und jede Menge anderer unentdeckter Missstände fand der Studienautor Ednan Aslan heraus.

Den Skandal kehrte die SPÖ brav unter den Teppich, lediglich die missbräuchliche Verwendung von Fördergeldern wurde angezeigt. Auch wohl darum, um sich die Sympathien der Vereine zu sichern, die dann ihre Schäflein zu SPÖ-freundlichem Wahlverhalten anleiteten.

Wiens SPÖ-Bürgermeister Häupl weiß eben, wie man mit Menschen aus obrigkeitshörigen Ländern umspringen muss.

Und darüber will Kern halt nicht diskutieren.

FPÖ nimmt Koalition noch ei

Nächster Glaubwürdigkeitstest für SPÖ und ÖVP zu Abschaffung des Pfle

In der letzen Sitzungswoche des Nationalrates will die FPÖ der Koalition noch einmal die Chance geben, zwei von der FPÖ kopierte Versprechen umzusetzen. Mit den Anträgen zur Abschaffung des Pflegeregresses und einem Foto auf der E-Card können SPÖ und ÖVP beweisen, wie ernst sie es mit ihren Ankündigungen meinen.

Wie schon in der letzten Sitzung des Nationalrates, bei der die FPÖ mit 59 Fristsetzungsanträgen die Arbeitsunwilligkeit der Koalition bloßlegte, wollen die Freiheitlichen diese Woche bei zwei Themen SPÖ und ÖVP zur „Nagelprobe“ vorladen.

„Wir werden Kern und Kurz im Nationalratsplenum in die Pflicht nehmen. Da beide ja nun plötzlich den Pflegegress abschaffen wollen, gehe ich von einer Zustimmung der Regierungsfraktionen zu unserem Antrag aus, besonders, da beide ja angekündigt haben, einander nicht überstimmen zu wollen“, erklärte FPÖ-Sozialsprecher Herbert Kickl zum Vorhaben der Freiheitlichen.

Gedämpfter Optimismus

Es wäre eine parlamentarische Sternstunde, wenn SPÖ und ÖVP mit freiheitlicher Hilfe zumindest eine der vielen finanziellen Belastungen zurücknehmen, die sie den Bürgern zugemutet haben, bemerkte der FPÖ-Generalsekretär. Aber zugleich zügelte er den Optimismus, da SPÖ und ÖVP im Sozialausschuss den Antrag noch abgelehnt haben.

Auch in Sachen mehr Sicherheit zur E-Card werde die FPÖ die Nagelprobe machen, insbesondere für die ÖVP. Erst vergangene Woche hätten SPÖ und ÖVP einen Antrag der Freiheitlichen auf ein verpflichtendes Foto auf den E-Cards noch abgeblockt. „Im Plenum werden wir diesen Antrag nochmals einbringen und damit Sebastian Kurz die Chance geben, seine nunmehrige gleichlautende Forderung zur Bekämpfung des Missbrauchs der E-Card mit Leben zu erfüllen. Nachdem er ja nunmehr diese freiheitliche Forderung ebenfalls kopiert hat, gehen wir von einer Zustimmung der ÖVP aus“, erklärte Kickl.

Rot-schwarze Polit-Krida

Mit diesen beiden Anträgen wolle die FPÖ den beiden Regierungsparteien noch vor der Sommerpause die Chance bieten, zu zeigen, dass es neben dem typischen „Herumtaktieren“ auch noch politischen Gestaltungswillen in der dahinsiechenden Koalition gebe.

„Sollten SPÖ und ÖVP den Anträgen zur Abschaffung des Pflegeregresses und der Einführung eines Fotos auf der E-Card wider Erwarten die Zustimmung verweigern, dann agieren sie wie ein Schuldner, der zwar seinen Gläubigern alles verspricht, aber von Haus aus weiß, dass er niemals vorhat, irgendetwas zu bezahlen. Eine Verweigerung wäre daher nichts anderes als fahrlässige Polit-Krida der rot-schwarzen Chaosregierung gegenüber den Österreichern“, warnte Kickl die Noch-Koalitionspartner.

Foto: NFZ

Was kann diese Koalition noch zustan
des Pflegeregresses und einem Foto

Protest gegen Bildungsreform

Was passiert, wenn die Koalition ein Gesetz beschließen will, ohne auf die FPÖ zu hören, bekam sie am Montag voriger Woche zu dem geplanten Beschluss ihres „Bildungspakets“ mit den grünen Steigbügelhaltern zur Zweidrittelmehrheit zu spüren.

SPITZE FEDER Kanzlerwahl als Slim-Fit-Wettbewerb?

IMPRESSUM Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz
Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien

Geschäftsführung: Herbert Kickl
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

inmal in die Pflicht

geregresses und einem Foto auf der E-Card

de bringen? Diesen Test will die FPÖ mit den Anträgen zur Abschaffung als Sicherheitsmerkmal für die E-Card im Nationalrat testen.

Eine bisher nicht dagewesene breite Front aus Eltern-, Schüler-, Lehrer- und Direktorenvertretern forderte die Abgeordneten auf, eine geheime Abstimmung über die Materie zu verlangen und appellierten an die Mandatare, „ohne jeden Klubzwang“ darüber zu entscheiden. Mit dem Bildungspaket werde kein einziges Problem gelöst, kritisierte der Vorsitzende des Bundeselternverbands an den mittleren und höheren Schulen, Gernot Schreyer. Vielmehr würden, wie etwa mit der Aufhebung der Klassenschülerhöchstzahl, neue Probleme hinzukommen, da schon jetzt 40.000 Schüler der AHS-Unterstufe in Klassen mit mehr als 25 Schülern sitzen.

„Die Kritik trifft den Nagel auf den Kopf!“, kommentierte FPÖ-Bildungssprecher Wendelin Mölzer die Erklärung der „Reform“-Gegner. Die beiden Koalitionsparteien sollten einsehen, dass es nicht sinnvoll sei, ein „vorgefertigtes Konstrukt ohne Rücksicht auf die Probleme an der Basis“, also den Klassenzimmern, zu verabschieden. Aber dieses Vorgehen sei systematisch für SPÖ und ÖVP.

KURZ UND BÜNDIG

Foto: NFZ

Mehr Sicherheit für Frauen

„Die Sicherheitslage für Frauen ist an einem neuen Tiefpunkt angelangt“, kommentierte die freiheitliche Frauensprecherin Carmen Schimanek (Bild) die jüngsten sexuellen Übergriffe auf Frauen in Österreich. Schimanek werde jedenfalls weiterhin für mehr Sicherheit kämpfen und verweist dabei auf ihre jüngste Anfrage an den Innenminister, bei der sie endlich Klarheit über die Anzahl der Sexualverbrechen in Österreich schaffen will. „Die Politik ist gefordert, jetzt zu handeln“, forderte Schimanek.

Überfüllte Gefängnisse

Zwei FPÖ-Anfragen an das Justizministerium haben ergeben, dass im Jahr 2016 bei einer Gesamtzahl von 4.810 ausländischen Häftlingen nur 196 Strafgefangene aus EU-Ländern und sechs Insassen aus Nicht-EU-Mitgliedsstaaten zum Strafvollzug in ihre Heimatländer abgeschoben wurden. „Bei Straftätern aus Drittstaaten ist diese Bilanz vernichtend, da diese schon 42 Prozent aller ausländischen Straftäter in den überfüllten österreichischen Justizanstalten ausmachen“, kritisierte der FPÖ-Abgeordnete Hermann Brückl.

Foto: Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS

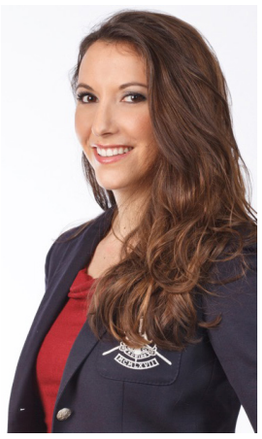


Foto: NFZ

Politische Heimat der Grünen

Die Jungen Grünen verabschieden sich nun endültig von ihre Mutterpartei und kandidieren gemeinsam mit der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) auf einer linken Plattform bei den kommenden Nationalratswahlen. Für die FPÖ-Jugendsprecherin Petra Steger (Bild) seien die Jungen Grünen nun in ihrer wahren politischen Heimat angekommen. Zudem sei es ein Beweis, „dass die Jungen Grünen immer schon am extremen linken Rand des politischen Spektrums waren, und es zeigt, was man bekommt, wenn man bei der anstehenden Nationalratswahl Grün wählt – nämlich Kommunisten“, so Steger.

AUFSTEIGER

Foto: NFZ

FPÖ-Bundesparteiobmann **HC Strache**, der schon beim Aufbrechen des Skandals um die islamischen Kindergärten in Wien vor drei Jahren ein Verbot dieser integrationsfeindlichen Einrichtungen in der Bundeshauptstadt forderte.

ABSTEIGER

Foto: SPÖ OÖ/Alexander Schwarz

SPÖ-Kanzler **Christian Kern**, der jede Diskussion zu diesem Skandal der Wiener Genossen vermeiden will, um sich die mächtigste rote Landesorganisation nicht zum Feind zu machen – und deren Versagen nicht eingestehen zu müssen.

Foto: FPÖ-TV

BILD DER WOCHE

HC und Philippa Strache sind seit Dienstag die Paten der Giraffen „Fleur“ und Sofie“ im Tiergarten Schönbrunn.

„SPÖ schließt die Augen vor Islamismusproblem!“

Wiens FPÖ-Vizebürgermeister Johann Gudenus wirft im NFZ-Interview der rot-grünen Wiener Stadtregierung vor, die Probleme mit den islamischen Kindergärten unter den Teppich kehren zu wollen: „Diesen Realitätsverlust nennen sie Integrationspolitik!“

Herr Vizebürgermeister Gudenus, SPÖ-Kanzler Christian Kern will die Probleme mit den islamischen Kindergärten aus dem Wahlkampf heraushalten. Können Sie dem etwas abgewinnen?

Gudenus: Damit zeigt der Bundeskanzler, dass er und die Genossen im Wiener Rathaus aus den Skandalen der letzten Jahre nichts gelernt haben. Diese „Augen zu und durch“-Politik der SPÖ hat gerade der Stadt Wien diese immensen Probleme bei der Integration und der Islamisierung im Zuwanderermilieu beschert. Diese Multikulti-Phantasien haben das Entstehen von Parallelgesellschaften und die Ghetto-Bildung in der Bundeshauptstadt erst ermöglicht.

„Die ‚Augen-zu-Politik‘ hat die Parallelgesellschaften ermöglicht.“

Der neue Wiener Integrationsstadtrat Jürgen Czernohorszky hat das aber letzte Woche als „erfundenes Problem“ bezeichnet?

Gudenus: Das ist die erschreckende Dimension der Realitätsverweigerung in der Wiener SPÖ. Czernohorszky erinnert damit an seine Vorgängerin, die behauptet hat, dass es in Wien keine islamischen Kindergärten gäbe, weil die rot-grüne Stadtregierung diese gar nicht erhoben hat. Aber gleichzeitig wurden in diesen „nicht-existenten“ Einrichtungen zig Millionen Euro aus den großzügigst vergebenen Förderungen veruntreut. Und es hat den Anschein, dass sich im Rathaus niemand dafür interessiert, was mit dem Geld passiert, was in den Kindergärten gelehrt wird, wer dort unterrichtet oder ob in Deutsch unterrichtet wird. Diese potentiellen Brutstätten des islamischen Fundamentalismus mit Steuergeld zu fördern und den Besuch dort sogar für das verpflichtende Kindergartenjahr anzuerkennen, könnte kontraproduktiver nicht sein.

Aber die Studie des Religionspädagogen Ednan Aslan hat vor zwei Jahren viel Staub aufgewirbelt. Ist seither nichts geschehen?

Gudenus: Rot-Grün hat sich herausgeredet, dass man erst die Endfassung der Studie abwarten müsse. In dieser stand dann letztes Jahr, dass bereits die Kleinsten massiv indoktriniert werden, den islamischen Glauben über jede österreichische Lebensweise zu stellen. Aslan ortete damals ein massives Kontrollversagen der zuständigen SPÖ-Stadträtinnen Sandra Frauenberger und Sonja Wehsely. Die Reaktion: Es wurde eine „Nachuntersuchung“ angekündigt, auf deren Ergebnisse wir noch immer warten. Ich habe Stadtrat Czernohorszky auch schon aufgefordert, diese endlich zu präsentieren und zu handeln. Für uns Freiheitliche steht aber fest: Jeder Kindergarten und jede Schule, in denen das Scharia-Recht und die islamische Lebensweise anstatt die österreichische gelehrt wird, muss sofort geschlossen werden. Es ist Zeit, hier ein Zeichen zu setzen, denn Integration ist eine Bringschuld der Zuwanderer und keine Holschuld, finanziert mit Aber-Millionenen Euro der österreichischen Steuerzahler!

Foto: NFZ

Foto: Facebook / Al Andalus

„Integration“, wie sie von der Wiener SPÖ gefördert und von vielen islami

Die vorgetäuschte

Islamische Kindergärten wurden in Wien zuerst g

Im Vorjahr hat die rot-grüne Wiener Stadtregierung nach der Vorlage einer erschreckenden Studie eine „flächendeckende Nachuntersuchung“ bei den Kindergärten islamischer Vereine angekündigt. Die steht bis heute aus. Stattdessen übt sich die SPÖ – wie gewohnt – im Herunterspielen der Problematik.

„Es gibt keine islamischen Kindergärten, weil sich alle an den Wiener Bildungsplan halten müssen – sprich es darf dort keinen Religionsunterricht geben“, behauptete die damalige Wiener SPÖ-Integrationstadträtin Sandra Frauenberger trotzig Ende November 2011, als erste Berichte über Missstände in Wiener Kindergärten von islamischen Vereinen auftauchten.

Islamistische Netzwerke

„Dein Weg in den Dschihad“ lautet der Titel einer Broschüre, die in einem Kindergarten in Wien-Favoriten gefunden wurde. Dieser gehörte zu einem 126 Vereine umfassenden Netzwerk eines Tschetschenen, der unter dem Verdacht der Veruntreuung von einigen Millionen an Förderungsgeldern der Stadt Wien angezeigt wurde.

Einen Monat später brachte eine vom Religionspädagogen Ednan Aslan vorgestellte „Vorstudie“ die rot-grüne Integrationsidylle zum Einsturz. Diese 178 Seiten starke Studie über 150 Islam-Kindergärten, an denen mehr als 10.000 Buben und Mädchen gelehrt werden, die westliche Lebensart abzulehnen, rührte die verantwortlichen SPÖ-Politiker in der Bundeshauptstadt in keiner Weise.

SPÖ blockt Kritik ab

„Das ist ein Medien-Tamtam. Von der ÖVP veranstaltet, damit wieder gegen eine bestimmte Bevölkerungsgruppe gehetzt werden kann“, analysierte SPÖ-Bürgermeister Michael Häupl haarscharf. „Ich bin überrascht und hoffe, dass hier Wissenschafter politisch nicht unter Druck gesetzt wurden“, sekundierte die damalige SPÖ-Sozialstadträtin und für die Kindergartenkontrollen zuständige Sonja Wehsely ihrem Parteichef. In einer ersten Reaktion hatte sie aber die Zahl der Kontrolleure von 11 auf 13 aufgestockt.

Laut Aslan waren die wenigen Kontrollen unzureichend und „hauptsächlich auf Formalien“ re-

ischen Vereinen dann in ihren Kinderbetreuungseinrichtungen samt Kopftuch „praktiziert“ wird.

Integrationspolitik der SPÖ

eleugnet, dann schlecht kontrolliert und jetzt noch immer gefördert

duziert, also, ob die Lichtschalter funktionieren oder die Fenster geschlossen sind.

Nachuntersuchung steht aus

„Nicht oder nur marginal werden die theologischen Grundlagen der Träger überprüft“, klagte der Bericht an. So seien bei einem Betreiber von mehreren Kindergärten „deutliche Anhaltspunkte“ für eine radikale salafistische Ausrichtung gefunden worden. Kein Wunder, führen auch Organisationen wie die Muslimbruderschaft oder Milli Görus über nahestehende Vereine in Wien Kindergärten.

„Das ist ein Markt geworden, ein ökonomisch ziemlich attraktiverer als die Eröffnung eines Dönerladens“, kommentierte ein Integrationsexperte die Freizügigkeit der Stadt Wien bei der Genehmigung und millionenschweren Förderung derartiger Einrichtungen.

Immerhin haben Frauenberger und Wehsely bereits im Vorjahr eine „flächendeckende Nachuntersuchung“ in Wien versprochen. Präsentiert wurde diese aber noch immer nicht, auch nicht von Frauenbergers Nachfolger Jürgen Czernohorszky.

Der setzt eher Frauenbergers Linie fort. So unterstützte er die Forderung von SPÖ-Kanzler Christian Kern, das Thema islamische Kindergräten aus dem Wahlkampf herauszuhalten, denn schließlich gebe es ja auch Kindergärten, die von der katholischen Kirche betrieben würden.

WWW.FPOE.AT FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

FPÖ-HC Strache sagt:

Kopftuchverbot in Kindergärten und Schulen.

Kern & Kurz sehen das anders.

FPÖ ✗ Sonst wird sich nie was ändern

Alle Infos dazu finden Sie unter WWW.FPOE.AT und auf der Facebook-Seite von HC Strache

Foto: NFZ

POLITIK ANALYSIERT

HC Strache
FPÖ-Bundesparteiobmann

Es ist immer das gleiche Spiel, das sich jetzt auch bei der Problematik der islamischen Kindergärten zeigt. Wir Freiheitliche haben in Wien vor Jahren auf dieses Problem hingewiesen und wurden von Rot-Grün heftigst kritisiert. Natürlich auch von der Wiener ÖVP, denn damals gehörte laut ihrem Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz der Islam ja noch zu Österreich.

Leere Versprechen

Ein paar Skandale und veruntreute Millionenförderungen später ist beim Herrn Kurz plötzlich alles anders, jetzt will er islamische Kindergärten schließen. Und zwar aus den gleichen Gründen, für die er uns Freiheitliche damals noch als „fremdenfeindlich und islamophob“ diffamiert hat: Diese Einrichtungen be- oder verhindern die Integration und dienen Islamisten als Rekrutierungspotential.

Erinnern Sie sich vielleicht auch noch an die damals vom schwarzen Integrationsgroßmeister als Gegenmaßnahme angekündigten Deutsch-Lernklassen? Nur, bis heute ist diese Maßnahme, ebenfalls eine langjährige freiheitliche Forderung, nicht umgesetzt worden. Stattdessen will Kurz nun ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr – aber für alle Kinder!

Sebastian Kurz ist lediglich ein Meister der „großen Ankündigungen“, wie auch der „Plan-A-Illusionist“ aus der SPÖ, Kanzler Christian Kern. Beiden fehlt der Wille und der Mut, diese auch in Taten umzusetzen.

Das beweist einmal mehr, dass allein die FPÖ jene Kraft ist, die tatsächliche Veränderungen herbeiführen kann. Von Kern und Kurz kann man das ja wirklich nicht behaupten – wie sie eindrucksvoll bewiesen haben.

Foto: NFZ

HOHES HAUS

Norbert Nemeth
Klubdirektor der FPÖ

Nun ist es also endlich soweit: Die Grünen haben ihren Lautesten, Peter Pilz, abmontiert. Blöd nur, dass es sich bei Pilz (neben Kogler und Moser) auch um den eifrigsten und erfolgreichsten Grün-Abgeordneten handelt.

Derweil redet sich die neue Spitzenkandidatin der Grünen, Ulrike Lunacek, das Chaos in den sozialen Medien schön: „Starke innerparteiliche Demokratie macht‘s möglich: viele neue Gesichter werden im nächsten grünen NR-Klub sein.“

Grüner Schwund

Nun, allzu viele werden‘s vermutlich nicht sein, denn es wäre ein Wunder, würden die Grünen die Zehn-Prozent-Marke knacken, ein Ergebnis um die acht Prozent scheint plausibler.

Allerdings bleibt abzuwarten, ob Pilz nicht doch auf einer anderen Liste kandidiert. Ein „roter Pilz“ etwa wäre für SPÖ-Klubchef Andreas Schieder nämlich ein „verlockender Gedanke“. Im September 2009 wechselte bereits der Grünen-Mandatar Stefan Schennach zur Wiener SPÖ in den Bundesrat, nachdem er bei der Listenerstellung gescheitert war.

Vielleicht wird es Pilz auch darum gehen, die Eurofighter-Causa restlos aufzudecken, zumal der laufende Untersuchungsausschuss durch die Neuwahlen ein vorzeitiges Ende gefunden hat?

Auch die von den Grünen gemeinsam mit ÖVP und FPÖ angestrebte Änderung der Wiener Wahlrechts scheiterte am Wechsel des grünen Gemeinderates Senol Akkilic zu Rot. Für die Grünen damals die „tiefste Stunde des Landtags“.

Ob für sie schon bald die tiefste des Nationalrates schlagen wird?

SOZIALPOLITIK

Hacklerregelung für Zeitsoldaten

Foto: Bundesheer

Ein von der FPÖ Anfang 2014 eingebrachter Antrag wurde mit den Stimmen der Koalitionsparteien im Verfassungsausschuss beschlossen. Künftig wird ehemaligen Zeitsoldaten, die die so genannte „Hacklerregelung“ in Anspruch nehmen wollen, ihre Tätigkeit beim Bundesheer zur Gänze angerechnet. Bisher konnten maximal 30 Monate des Präsenzdienstes als beitragsgedeckte Dienstzeit geltend gemacht werden.

DATENSCHUTZ

Koalition ausgebremst

Die Neufassung des Datenschutzgesetzes ist vorerst abgesagt, weil das von der Regierung vorgelegte Gesetzespaket keine Zweidrittelmehrheit im Nationalrat erreicht hätte. Die FPÖ kritisierte, dass der Antrag noch vor Ablauf der Begutachtungsphase hätte beschlossen werden sollen.

Lehrstunde zu jahrelangen Versäumnissen bei Polizei

Beschämender Auftritt des Innenministers vor dem Bundesrat

Die „Aktuelle Stunde“ mit ÖVP-Innenminister Wolfgang Sobotka im Bundesrat war eine Lehrstunde zu den Versäumnissen in der Sicherheitspolitik und bei der Exekutive im Besonderen.

Foto: NFZ

Rot-schwarze Versäumnisse beim Personalstand der Exekutive.

Obwohl seit Oktober 2007 aufgrund einer damals erstellten Expertise des Bundeskanzleramtes bekannt ist, dass aufgrund der Überalterung des Personalstandes bei der Polizei zwischen 2014 und 2020 rund 8.500 Polizeibedienstete – das ist ein Drittel des gesamten Personalstandes(!) – den Ruhestand antreten werden, wurden bisher kaum Maßnahmen ergriffen, dem drohenden Personalmangel entgegenzusteuern.

Zu wenige Ausbildungsplätze

„So wurden daher auch von der Polizei im vergangenen Jahr mehr als 6,5 Millionen Überstunden geleistet, was den akuten Personalnotstand deutlich unterstreicht“, stellte der FPÖ-Bereichssprecher für den Öffentlichen Dienst, Bundesrat Werner Herbert, zu den beschwichtigenden Worten des ÖVP-Innenministers klar. Er gab zu bedenken, dass es im gesamten Bundesgebiet nur rund 1.000 Ausbildungsplätze für die zwei Jahre dauernde Grundausbildung eines Polizeibediensteten gebe: „Hier wurde die Sicherheit des Landes verspielt!“

FPÖ gegen EU-Bevormundung zu Asylrecht

Harsche Kritik an den Vorschlägen von SPÖ-Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil

Weder in der Asylpolitik, noch in seinem angestammten Ressort, der Verteidigungspolitik, konnte der SPÖ-Minister in der TV-„Pressestunde“ die Freiheitlichen überzeugen: Doskozil sei lediglich das „rote Spiegelbild zu ÖVP-Außenminister Sebastian Kurz“.

Keinen Umschwung im rot-schwarzen Stillstands-Kurs konnten die beiden FPÖ-Bereichssprecher Walter Rosenkranz (Sicherheit) und Reinhard Bösch (Landesverteidigung) aus den Worten des SPÖ-Ministers heraushören. „Doskozil spielt in der Kern-SPÖ den Widerpart zu ÖVP-Außenminister Sebastian Kurz: Beide kopieren freiheitliche Forderungen, ohne sie konsequent umzusetzen“, kritisierte Rosenkranz. Was SPÖ und ÖVP einige, sei der fortgesetzte Versuch, die Bevölkerung zu täuschen.

Schlechte Kopie der FPÖ

Dies geschehe auch mit der FPÖ-Forderung nach Schließung der Mittelmeerroute. Aber Doskozils „Verfahrenszentren“ in Nordafrika würden die Migration keinesfalls stoppen, argumentierte der FPÖ-Sicherheitssprecher: „Im Ergebnis würden nur aus illegalen Migranten legale Migranten, die nach Europa gebracht werden, um hier verteilt zu werden.“

Doskozils Vorschlag bedeute auch die Übernahme eines einheitlichen EU-Asylrechts. „So lange weiterhin zigtausende Migranten aktiv nach Europa hereingeholt werden, muss Österreich das Recht haben, seine Grenzen zu schützen und die Dublin-Regelungen konsequent anzuwenden“, stellte Rosenkranz klar.

FPÖ-Wehrsprecher Reinhard Bösch kritisierte, dass der SPÖ-Minister keine Garantie für die kontinuierliche Weiterentwicklung des Bundesheeres in Bezug auf Personal und Ausrüstung abgegeben habe. Bösch pochte erneut darauf, das Heeresbudget auf mindestens ein Prozent des BIP zu erhöhen: „Nur so kann das Bundesheer ein attraktiver Arbeitgeber werden und gleichzeitig den Verfassungsauftrag der Landesverteidigung erfüllen.“ – Aber dazu gebe es vom SPÖ-Minister als auch vom Koalitionspartner ÖVP bisher nicht einmal vage Ankündigungen.

Foto: NFZ

Die FPÖ ist klar gegen Doskozils Pläne eines EU-Asylrechts

Wieder „Postenschacher“ auf tiefstem Niveau

Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP hat der Sportausschuss letzte Woche den Startschuss für die Reformpläne von Sportminister Hans Peter Doskozil gegeben. Um die möglichen Doppelförderungen im Sport abzustellen, sollen die Fördertöpfe zukünftig in eine Hand kommen. Gebündelt wird die Fördervergabe in einer neu zu schaffenden Bundes-Sport GmbH, die als „One-Stop-Shop“ die heimischen Sportverbände in allen Förderangelegenheiten betreuen und unterstützen soll. Für die Koordination der Bundessporteinrichtungen soll zusätzlich eine Bundessporteinrichtungen GmbH als Tochtergesellschaft der Bundes-Sport GmbH installiert werden.

Die FPÖ befürchtet in Zusammenhang mit den zwei neu zu schaffenden Institutionen einen „rot-schwarzen Postenschacher“ vor den Nationalratswahlen im Herbst. Für die freiheitliche Sport- und Jugendsprecherin Petra Steger ist das Resultat in Form des BSFG 2017 daher mehr als enttäuschend.

„Es handelt sich hierbei um ein wenig durchdachtes und ineffizientes Gesetz, das den bestehenden Proporz einzementiert und ihm nur ein neues Mascherl aufsetzt“, kritisierte Steger. Sie weist auch darauf hin, dass der FPÖ-Antrag, wonach mit der Stellenbesetzung der neuen Bundes-Sport GmbH noch bis nach der Wahl gewartet werden sollte, von den Koalitionsparteien verhindert wurde.

„Damit stellen die Koalitionspartner sicher, dass sie noch vor der Wahl ihre eigenen Leute mit Posten versorgen. Das ist Postenschacherei auf tiefstem Niveau“, kritisierte die FPÖ-Sportsprecherin.

Foto: NFZ

Steger kritisiert Postenschacher.

Offizieller Besuch aus Israel bei HC Strache

Foto: NFZ

Anerkennung für die FPÖ: Jehoda Glick mit HC Strache

Eine hochrangige Delegation aus Israel hat FPÖ-Klubobmann HC Strache letzte Woche einen offiziellen Besuch abgestattet. Der Likud-Abgeordnete Jehuda Glick betonte dabei, dass seine Partei damit ihre Wertschätzung für die FPÖ und ihre Haltung zum Staat Israel zum Ausdruck bringe. Der Besuch sei offiziell, da er von Parlament und Regierung genehmigt worden sei, betonte Glick: „Ich glaube, das ist ein sehr wichtiger Schritt zur Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Likud, Israel und der FPÖ.“

Er sei froh, dass es zu dieser Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Likud und der FPÖ komme, betonte HC Strache: „Wir brauchen eine gute Partnerschaft, eine ehrliche Partnerschaft, eine respektvolle Partnerschaft für die Zukunft unserer beiden Länder.“

FP TEAM ROT-WEISS-ROT FÜR ÖSTERREICH IM EU-PARLAMENT

Foto: MFZ

Harald Vilimsky

EU versorgt Erdogan weiter mit Geld

Die EU versorgt die islamistische Quasi-Diktatur in der Türkei großzügig mit Geld. Wie sich jetzt zeigt, fließt ein beträchtlicher Teil der drei Milliarden Euro, die für die Versorgung der syrischen Migranten gedacht waren, an das autoritäre Erdogan-Regime.

Von den bisher ausbezahlten 811 Millionen ist mehr als Viertel an den türkischen Staat überwiesen worden, an das Gesundheits- und das Erziehungsministerium. Das war so niemals geplant, entspricht aber dem Kuschelkurs Brüssels gegenüber dem türkischen Diktator.

Gleichzeitig wurde diese Woche bekannt, dass die EU fünfmal mehr Migranten aus der Türkei übernimmt, wie im Flüchtlingsabkommen mit Ankara vereinbart. Gedacht war, dass für jeden aus Griechenland zurückgewiesenen Migranten einer aus der Türkei in die EU übernommen wird. Jetzt ist das Verhältnis eins zu fünf.

Dazu kommt, dass auch aus der „Heranführungshilfe" für einen EU-Beitritt der Türkei weiter Geld fließt – bis 2020 rund 4,5 Milliarden. Aber weil die Verhandlungen perfiderweise nur auf Eis gelegt aber nach wie vor nicht formell beendet sind, gehen die Überweisungen aus Brüssel munter weiter.

Angesichts der großzügigen Versorgung des autoritären Regimes von Erdogan mit EU-Geld zweifelt man einmal mehr an der Zurechnungsfähigkeit der Brüsseler Eurokratie.

Afrikas Bevölkerungsexport über die Mittelmeerroute

Seit vergangenen Sonntag wurden erneut mehr als 12.000 Personen vor der Küste Libyens „gerettet" und nach Italien in Sicherheit gebracht. Die meisten der 2017 eingetroffenen Migranten stammen aus Nigeria, Bangladesch, der Elfenbeinküste und Gambia.

Die Berliner „European Stability Initiative" (ESI) hat diese Entwicklung in der Masseneinwanderung aufgezeigt: Das Herkunftsland, aus dem derzeit die meisten Flüchtlinge nach Europa kommen, ist Nigeria, der sechstgrößte Ölproduzent innerhalb der OPEC-Staaten und nach Libyen das Land mit den größten Erdölreserven Afrikas.

Als Flüchtlinge wurden in Italien im vergangenen Jahr allerdings gerade einmal 521 Nigerianer anerkannt, 4.198 erhielten einen temporären Schutzstatus. Aber 13.823 Asylanträge von Nigerianern wurden abgelehnt, wovon aber wiederum nur 120 in ihr Heimatland abgeschoben wurden. De facto bleiben so gut wie alle Migranten aus Nigeria in Italien und damit in Europa – der Ausgang ihres Asylverfahrens ist dafür eigentlich irrelevant.

Auch deshalb wächst, laut ESI, das Problem der Einwanderung aus Afrika dramatisch. 2016 wurden in Italien von den insgesamt 181.436 „geretteten" Flüchtlingen 37.551 neue Asylbewerber aus Nigeria registriert. Ein neuer Rekordwert. Und die bisher vorliegenden Zahlen für 2017 zeigen eine weiter steigende Tendenz.

Foto: FRONTEX

Es kommen immer mehr.

Eine „Schicksalsge den Händen Macro

Neuer deutsch-französischer EU-Motor schafft nu

Foto: EU

Noch folgt Deutschlands Kanzlerin Angela Merkel ihrem neuen französische Aussagen Macrons zu Vertiefung der Union und dem Umbau der Eurozone

Große Themen wie Brexit, Masseneinwanderung oder eine gemeinsame Verteidigungspolitik standen am EU-Gipfel in Brüssel zur Diskussion und wurden erfolgreich vertagt. Lediglich zur Verlängerung der Russland-Sanktionen herrschte – trotz mancher gegenteiliger Ankündigungen – unter den Regierungschefs Einigkeit.

Rund 0,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts oder eine Milliarde Euro Schaden verliert die heimische Wirtschaft jährlich durch die Sanktionen der EU gegen Russland. Deshalb hat sich SPÖ-Kanzler Christian Kern bei seinem Treffen mit Russlands Präsidenten Anfang Juni für „eine Reduktion der Sanktionen Zug um Zug" ausgesprochen. Beim EU-Gipfel vergangene Woche in Brüssel war aber schon wieder Schluss mit der vorlauten Ankündigung.

Mit Trump gegen Putin

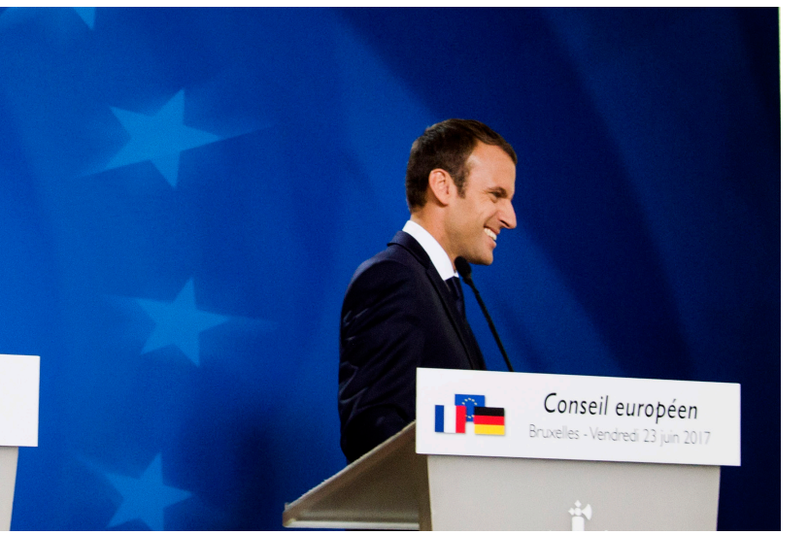
Im Gefolge der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihres neuen Kompagnons aus Frankreich, Staatspräsident Emmanuel Macron, hat Kern am Donnerstag dann doch der Verlängerung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland wegen der Ukraine-Krise um sechs Monate bis Ende Januar 2018 zugestimmt – und damit den Kurs von US-Präsident Donald Trump unterstützt.

Denn eine Woche davor hatte auch der US-Senat die Sanktionen verlängert. Nur hatte dieses Vorgehen der Trump-Regierung in Europa zunächst Kritik erzeugt. So beklagten Deutschlands Außenminister Sigmar Gabriel und Kern, dass EU-Firmen unter Druck gesetzt werden könnten, die sich am Bau der neuen Gaspipeline „Nord Stream II" beteiligen. Auch Kanzlerin Merkel erklärte, sie finde es

Folgenlose Ankündigungspolitik: SPÖ Gipfel noch den Schaden der Russlan

emeinschaft“ in ons und Merkels?

ur die Verlängerung der Russland-Sanktionen



en Freund Emmanuel Macron. In manchen deutschen Medien werden die bereits mit Misstrauen betreffend der Kosten für Deutschland betrachtet.

befremdlich, dass „bei der Sanktionierung russischen Verhaltens die europäische Wirtschaft ins Visier“ gerate. Eine Woche später wird aber der Schulterschluss mit dem vielgeschmähten Trump vollzogen.

Macrons gefährliche Visionen

Ansonsten gebar auch dieser kreissende EU-Gipfel keine Mäuse, auch wenn die Medien vom „neuen Geist in der Union“ durch das deutsch-französische Führungsduo „Mercron“ phantasierten.

Jedoch hätten sie bei der Wortwahl des französischen Präsidenten genauer hinhören sollen. Macron hatte den Visegard-Ländern vorgeworfen, finanzielle Hilfen der EU gerne mitzunehmen, aber die gemeinsamen Werte der „Willkommenspolitik“ nicht teilen zu wollen. Der „Süddeutschen Zeitung“ sagte Macron dazu bereits vor dem Gipfel: „Europa ist kein Supermarkt, Europa ist eine Schicksalsgemeinschaft!“. Laut Duden ist das eine „Gemeinschaft von Menschen, die das gleiche schwere Schicksal verbindet“ – das die Briten wieder in die eigene Hand nehmen und es besser meistern wollen.

Tschechiens Präsident Milos Zeman reagierte stellvertretend für die von Macron kritisierten Länder mit einem Vergleich: Er sieht in der Zwangsaufteilung der von Deutschland verursachten Masseneinwanderung eine Problemlösungsqualität wie zur Zeit des Warschauer Paktes.

Nicht weniger beängstigend war Macrons Forderung nach einer Vertiefung der Euro-Zone, die er mit einem eigenen Budget und einer demokratisch kontrollierten Regierung ausstatten möchte: „Wir müssen eine Säule der Verantwortung und eine Säule der Solidarität bauen.“ – Mit anderen Worten: noch mehr Geld aus dem Norden in den Süden transferieren.

Foto: EU

-Kanzler Christian Kern hatte vor dem d-Sanktionen für Österreich beklagt.

KURZ UND BÜNDIG

Foto: Lega Nord

Italiens Linkskoalition verliert

Das Wahlbündnis von Forza Italia, der Lega Nord Matteo Salvini (Bild) und Fratelli D‘Italia konnte 16 der 22 Regional- und Provinzhauptstädte erobern, in denen am vergangenen Sonntag gewählt wurde. Zum ersten Mal in der Geschichte wird etwa ein rechter Bürgermeister die „rote Hochburg“ Genua regieren. Dazu verlor das Mitte-Links-Lager auch alle größeren Städte in der traditionell von ihr dominierten Emilia-Romagna. Insgesamt haben der regierende Partito Democratico von Parteichef und Ex-Premierminister Matteo Renzi und die mit ihm verbündete Linksparteien bei diesen Kommunalwahlen 37 Gemeinden mit über 15.000 Einwohnern verloren.

Organisierte Cyberkriminalität

Foto: NFZ

Gut sechs Wochen nach der globalen Attacke des Erpressungstrojaners „Wanna Cry“ hat ein erneuter Cyberangriff am Dienstag wieder Dutzende von Unternehmen lahmgelegt. Betroffen waren aber unter anderem auch der Lebensmittel-Riese Mondelez, der russische Ölkonzern Rosneft und die dänische Reederei Maersk. Laut ersten Erkenntnissen handelt es sich um eine Version der bekannten Erpressungs-Software „Petya“, der Computer verschlüsselt und Lösegeld verlangt. Laut den Berichten fordern die Erpresser für die Wiederherstellung der Systeme die Zahlung von jeweils 300 Dollar in der Cyberwährung Bitcoin.

Deutschland überprüft 100.000 Asylbescheide

Als Folge des Falls Franco A. lässt der deutsche Innenminister Thomas de Maizière die sogenannte „Widerrufsprüfung“ in allen Fällen von Männern im Alter von 18 bis etwa 40 Jahren aus den zehn maßgeblichen Herkunftsländern Asylsuchender vorziehen. Diese Prüfungen sind nach dem Gesetz erst nach drei Jahren vorgesehen.

Der Bundeswehrsoldat Franco A., der Ende April wegen Terrorverdachts festgenommen wurde, hatte sich, ohne arabisch sprechen zu können, beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als syrischer Asylbewerber ausgegeben und einen Flüchtlingsstatus zugesprochen bekommen.

Jetzt sollen all jene Asylbescheide überprüft werden, die infolge der Masseneinwanderung im Spätsommer 2015 erteilt wurden, weil das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in dieser Zeit stark belastet war. Nach Angaben von Amtsleiterin Jutta Cordt betreffen die Nachprüfungen 80.000 bis 100.000 Fälle. Mit den Widerrufsprüfungen soll im Sommer begonnen werden, wenn das Amt voraussichtlich den immer noch bestehenden Stau der Anträge ab 2015 abgebaut hat.

Medien hatten bereits zuvor von solchen Problemen berichtet. So wurden etwa bei Antragstellern aus Afghanistan Mängel bei der Dokumentation bei mehr als 45 Prozent der überprüften Entscheidungen festgestellt, bei Syrern lag die Mängelquote bei fast 20 Prozent.

Foto: NFZ

Vom Andrang 2015 überfordert.

TERMINE

JULI — Termin-Korrektur FPÖ Donaustadt

Die **Grätzel-Stammtische der FPÖ-Donaustadt entfallen im Juli** zugunsten der **„Sommergespräche“**.

JUNI 29 — Sommerfest der FPÖ Donaustadt

JUNI 29 — Frauenstammtisch in der Donaustadt

Die IFF Donaustadt lädt am Donnerstag, dem 29. Juni 2017, zum „Sommerfest“ ins Gasthaus „Gösser Bierinsel“ (Freudenau 555, 1020 Wien). Beginn: 17.00 Uhr.

JULI 5 — Stammtisch der FPÖ Simmering

Die FPÖ Simmering lädt am Mittwoch, dem 5. Juli 2017, zu ihrem Juli-Stammtisch ins Gasthaus „Auszeitstüberl“ (Grillgasse 20, 1110 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

JULI 6 — Donaustädter Sommergespräche

Die FPÖ Donaustadt lädt am Donnerstag, dem 6. Juli 2017, zu ihrem „Sommergespräch“ mit FPÖ-Stadträtin Ursula Stenzel ins Gasthaus „Goldener Hirsch“ (Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

JULI 8 — Grillfest der FPÖ Esternberg

Die oberösterreichische FPÖ Esternberg lädt am Samstag, dem 8. Juli 2017, zu ihrem traditionellen „Sommer-Grillfest“ in der Eisschützenhalle am Sportplatz Esternberg (4092 Esternberg) ein. Beginn: 18.00 Uhr.

LESER AM WORT

Es passiert schon wieder ...

Es ist wieder Wahlkampf, und es geschieht schon wieder. Politiker, die es „wagen“, ihre kritische Stimme zu erheben, werden angeprangert, beschimpft, lächerlich gemacht oder beleidigt. Menschen, die der Gegenwart stets die nötige Aufmerksamkeit schenken, könnten dieser Fehlentwicklung bei Wahlen den verdienten Garaus machen. Doch leider sind wachsame Bürger genauso eine Minderheit geworden, wie verantwortungsbewusste Medien.

Christian Stafflinger, Linz

Foto: NFZ

Lügen haben „kurze“ Beine

Von mir aus kann der eigentliche Wahltermin im Oktober 2018 wahrgenommen werden, denn ich würde gerne sehen, wie Herr Kurz bis dahin die Steuererleichterungen von 12 bis 14 Milliarden Euro umsetzt, die Mittelmeerroute schließt und islamische Kindergärten in Österreich zusperren lässt. Denn so wie dieser nun tagtäglich in den Medien erscheint, darf angenommen werden, dass er jetzt mühevoll vier Jahre lang alles vorbereitet hat, um im fünften Jahr der Legislaturperiode endlich Nägel mit Köpfen zu machen! Naja, scheinbar nicht, denn die letzten vier Jahre war Kurz damit beschäftigt, um uns Österreichern einzuimpfen, dass wir eine Willkommenskultur brauchen und der Islam zu Österreich gehört. Viel Glück mit ihrer Lügenwahlpropaganda!

Stefan Scharl, Klosterneuburg

Hohe Kosten für Asylwerber

Was viele vermutet haben, ist nun vom Rechnungshof bestätigt worden. Die Betreuungskosten für Asylwerber explodieren. Diese hohen Kosten entstehen auch, weil Asylwerber in großen, organisierten Quartieren untergebracht werden, die von Hilfsorganisationen betriebenen werden. Also legen diese Organisationen selbst fest, wieviel Steuergeld sie „einsackeln“. Derart kuriose Abläufe kennt man nur von Staaten, aus denen Menschen zu uns flüchten, die obendrein von Hilfsorganisationen übers Mittelmeer geschleppt werden.

Christian Deutinger, Kematen

Kopftuch-Debatte

Dieses leidige Thema um das Kopftuch und um den Burkini drückt wirklich schon jedem Menschen auf's Gemüt. Da zerbrechen sich Menschen den Kopf darüber, ob es aus Zwang oder Unterdrückung passiert. Ganz einfach: Diese Menschen tragen das Kopftuch, weil sie sich nicht anpassen wollen! Das Kopftuch ist nur ein religiöses Symbol und soll uns vermitteln: Wir lassen unseren Willen nicht brechen, indem wir uns einfach nicht unterordnen werden!

Oliver Gerstbauer, Schwechat

Foto: NFZ

Grüne Tradition

Den Herrn Pilz nicht zu nominieren, entspricht der grünen Tradition, eben gute Leute abzusägen. Aber das wird den Grünen viele Stimmen kosten. Mit Pilz verliert Österreich einen der wichtigsten politischen Aufdecker. Wahrscheinlich war den linken Grünen auch nicht recht, dass sich Pilz mit HC Strache vertragen hat.

Ernst Pitlik, Wien

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue Freie Zeitung

BESTELLSCHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

○ Halbjahrespreis € 15,- ○ Jahrespreis € 30,- ○ Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
○ Auslandsjahresbezug € 73,- ○ Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss.
Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird.
Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**: _____

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.
** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN

Vervierfachung der Schulden ist „moderat“?

Trotz Gebührenwucher und Versteckspielen explodiert Wiens Defizit

SPÖ-Finanzstadträtin Renate Brauner (Bild) redet die Vervierfachung der Schulden der Stadt Wien in den letzten zehn Jahren als „moderat und verkraftbar“ schön. Für die FPÖ ist der Rechnungsabschluss 2016 die „Bilanz des rot-grünen Versagens“.

Foto: NFZ

Augen zu, angesichts des Schuldenbergs von sechs Milliarden Euro.

Der Schuldenstand der Stadt Wien ist im Vorjahr auf sechs Milliarden Euro gestiegen – bei einem Budget von 13,38 Milliarden Euro. Diese Zahl legte die SPÖ-Finanzstadträtin am Montag bei der Präsentation des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2016 im Wiener Gemeinderat vor.

Rot-grüner Schuldenberg

Damit sind die Schulden der Stadt im Vorjahr um 579 Millionen Euro gestiegen. Dabei sind die Schulden der ausgelagerten Betriebe – laut Rechnungshof sind es 224 Unternehmen – noch nicht mitgerechnet. Bis 2019 wird der Schuldenberg auf 7,4 Milliarden anwachsen, eine Vervierfachung also in nur zehn Jahren Rot-Grün.

Chaos in allen Bereichen

„Der präsentierte Rechnungsabschluss für das Jahr 2016 lässt einen regelrecht erschaudern“, stellte FPÖ-Vizebürgermeister Johann Gudenus zu den „desaströsen Zahlen“ fest. Und das, obwohl die Stadtregierung wie wild an der Gebührenschraube gedreht habe. Das Ergebnis sei, dass eingesessene Betriebe abwandern und Wien für internationale Unternehmen uninteressant werde: „Deshalb wird ein trauriger Rekord von Rot-Grün weiter bestehen, nämlich die Rekordarbeitslosigkeit in Wien!“

Als Paradebeispiel dieser chaotischen Schuldenpolitik nannte FPÖ-Klubobmann Dominik Nepp den Krankenanstaltenverbund. Das vor einem Jahr präsentierte „Spitalskonzept 2030“, in das Millionen Euro an Planungskosten geflossen seien, müsse bereits zurückgelegt werden.

„Da explodieren die Kosten für die Informationstechnik im KAV auf 330 Millionen Euro, aber das als ‚modernstes Krankenhaus der Welt‘ angepriesene KH-Nord kann wegen Baumängeln nicht in Betrieb gehen“, empörte sich Nepp.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff

Ecke Steingasse – Rennweg hielt ich ein Taxi an. „Zum Schwarzenbergplatz“, sagte ich. „Eh nur eine Kurzstrecke.“

„Ned sagn S ‚kurz‘“, bat mich draufhin der Taxler. Ein Wiener Taxler! Ich freute mich über den echten Dialekt und fragte: „Warum soll i ned ‚kurz‘ sagen?“

Kurz-Strecke

„Weu mi des an unsern Außenminister erinnert. I waaß ned, wia Sie denken, aber er geht mir schwer auf de Nerven. Fast mehr als wia de Vassilakou. Er kopiert ja in ana Tour den Strache.“

Wir standen bei der Böhmischen Kirche vor einer roten Ampel.

„Segn S“, sagte der Taxler, „des is de rote Welle von unserer Vizebürgermeisterin. Vorn bei der Ungargassn wird’s aa rot sein. Und der Kurz will die Mittelmeerroute aa auf rot stelln. Dass i ned lach.“

Ich musste schmunzeln. Aber die Parallele vom Rennweg zum Mittelmeer war einleuchtend. Übrigens stimmte die Taxler-Prognose, die Ampeln beim Sacre Coeur und bei der Salesianergasse waren jeweils rot.

Nach zwei weiteren auf Rot gestellten Kreuzungen stieg ich aus.

„Fuffzehn“, sagte der Taxler. „Wia da fuffzehnte Oktober. Und passen S bis dorthin auf, was der Kurz sagt. Weu nachher is alles anderst.“

Ich gab ihm einen Zwanziger. Der Rat war es mir wert.

BURGENLAND

„Altlasten“ prüfen

Seit vergangener Woche ist die Gebarung der Stadtfeuerwehr Eisenstadt in den Schlagzeilen. Unter anderem geht es um eine dem seinerzeitigen Gerätemeister auf Kosten der Feuerwehr zur Verfügung gestellte Dienstwohnung. Am Montag fand nun eine Besprechung zwischen dem Feuerwehrreferenten und LH-Stv. Johann Tschürtz und dem Kommandanten der Stadtfeuerwehr Eisenstadt, Werner Fleischhacker statt. In weiterer Folge wird nun eine Prüfung des Sachverhaltes durch das Amt der Landesregierung erfolgen.

NIEDERÖSTERREICH

Süßer Ferienbeginn

Zum Schulschluss in Waidhofen hat sich FPÖ-Vizebürgermeister Gottfried Waldhäusl etwas Besonderes einfallen lassen.

Foto: FPÖ Niederösterreich

G. Waldhäusl

In der Gymnasiumstraße verteilt er am Zeugnistag das Waidhofner Eis an alle Schulkinder. „Mit dieser Initiative möchte ich allen persönlich einen schönen Ferienbeginn wünschen“, sagte Waldhäusl.

SALZBURG

VfGH bestätigt FPÖ

Vergangene Woche hat der Verfassungsgerichtshof das neue Salzburger Parteienförderungsgesetz aufgehoben und damit rückwirkend den Freiheitlichen entgangene Förderungen im sechsstelligen Bereich zugesprochen. „Dass diese Gesetzesänderung ohne jeden Zweifel als verfassungswidrig aufgehoben werden wird, wusste nicht nur ich, sondern war auch all jenen klar, die am Gesetzesentwurf mitgewirkt und ihm letztlich im Ausschuss und im Plenum die Zustimmung erteilt haben“, erklärt FPÖ-Landesparteisekretär Andreas Hochwimmer. Er behält sich in dieser Angelegenheit weitere rechtliche Schritte vor. Der politische Mitbewerber habe lediglich gehofft, dass sich das ganze Verfahren bis über die nächste Landtagswahl hinziehen werde und so die FPÖ finanziell ausbluten lassen könne.

Steirische Jugendliche stellen Weichen für die Zukunft

34. Landesjugendtag: Liane Moitzi neue Obfrau des RFJ-Steiermark

Am 34. Landesjugendtag des RFJ Steiermark wurde die 24-jährige Landtagsabgeordnete Liane Moitzi zur neuen Landesobfrau gewählt.

STEIERMARK

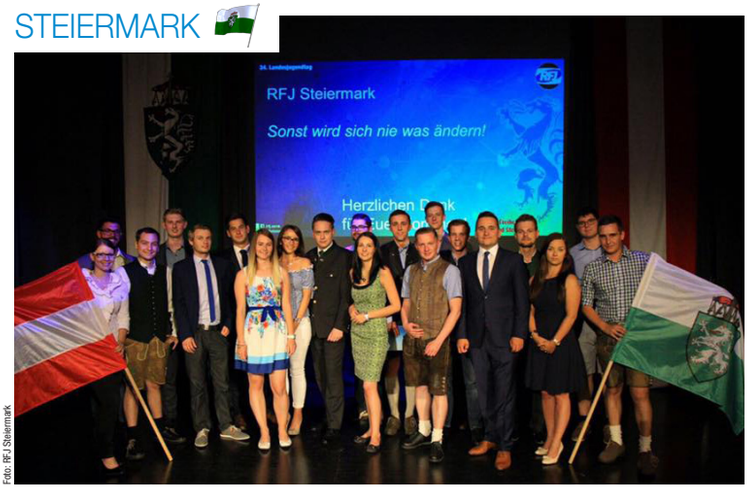


Foto: RFJ Steiermark

Liane Moitzi (Bildmitte) und der erfolgreiche RFJ-Steiermark.

Unter dem Motto „RFJ – sonst wird sich nie was ändern!“ fand am vergangenen Samstag der 34. Landesjugendtag des Rings Freiheitlicher Jugend Steiermark in Judenburg statt. Unter den 150 Gästen befanden sich auch FPÖ-Landesparteiobmann Mario Kunasek sowie der FPÖ-Spitzenkandidat für die Nationalratswahl, Hannes Amesbauer.

Neue RFJ-Landesobfrau

Im Zuge des Landesjugendtages wurde der bisherige RFJ-Landesobmann Stefan Hermann von der 24-Jährigen Liane Moitzi abgelöst. „Der RFJ ist die Kaderschmiede der FPÖ Steiermark und soll auch künftig eine tragende Säule der freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft sein. Es ist eine große Herausforderung, die erfolgreiche Arbeit von Stefan Hermann fortzusetzen, aber mein Team und ich werden diese Herausforderung gerne annehmen“, erklärte Moitzi in ihrer Antrittsrede.

Als politische Ziele nannte sie unter anderem den Kampf gegen die Überfremdung heimischer Schulen, die Aufwertung der Lehre in der öffentlichen Wahrnehmung sowie die Weiterentwicklung der ländlichen Regionen.

BURGENLAND

Förderung von Praktika

Im Burgenland werden ab dem 1. Juli 2017 erstmals Förderungen für Unternehmen, die Schülern Plätze für Pflichtpraktika zur Verfügung stellen, vergeben. Die Idee für die Initiative hatte der Landesobmann des Rings Freiheitlicher Jugend, Konstantin Langhans. Laut ihm sei es für Jugendliche, die im Rahmen ihrer Ausbildung ein Praktikum absolvieren müssen, oft schwer, einen Platz zu finden. Für die Initiative sind 300.000 Euro reserviert. Die Voraussetzungen: Das privatwirtschaftliche Unternehmen muss seinen Sitz oder eine permanente Betriebsstätte im Burgenland haben, und die Schüler müssen eine berufsbildende höhere oder mittlere Schule besuchen und aus dem Burgenland stammen.

Foto: FPÖ Burgenland

Landesrat Petschnig fördert Praktika für Schüler.

Laut dem FPÖ-Wirtschaftslandesrat Alexander Petschnig gebe es bei den Unternehmen oft Vorbehalte gegenüber Praktika aufgrund des erhöhten Kosten- und Zeitaufwands. „Dieser besonders für die jungen Menschen nachteiligen Entwicklung wird mit der Umsetzung unserer neuen Förderrichtlinie entgegengewirkt. Das Wirtschaftsservice Burgenland (WIBuG) erhält eine Generalvollmacht zur Förderabwicklung, sodass Förderwerber schnell und unbürokratisch zu ihrem Geld kommen“, so Petschnig.

TIROL

Foto: FPÖ Tirol

Junges Team für FPÖ in Schwaz

Vergangenen Donnerstag fand mit knapp 80 Delegierten der Bezirksparteitag der FPÖ Schwaz statt. Der bisherige Bezirksobmann Edi Rieger wollte noch vor den anstehenden Wahlen die Zügel der jungen Generation in die Hand geben. Zum Nachfolger wurde der junge Zillertaler und Landesparteiobmann-Stellvertreter Christoph Steiner gewählt. In seiner Ansprache kündigte er an, mit seinem Team „die Partei geeint und hoch motiviert in die Wahlen führen zu wollen, um das bestmögliche Ergebnis zu erzielen und die Partei im Bezirk weiter zu stärken.“

OBERÖSTERREICH

Foto: NFZ

Der Wildwuchs bei Normen und Auflagen lässt die Baupreise steigen und verteuert damit das Wohnen.

Sozialer Wohnbau: Die Kostentreiber stoppen

Oberösterreich will ausufernde Normen und Auflagen durchforsten

Die Baukosten und Baupreise sind einem stetigen Anstieg unterworfen. Hauptgrund dafür sind die immer schärfer werdenden Normen und Auflagen.

Reduziert man allein die Vorschriften mancher Ausstattungen wie Barrierefreiheit, Brandschutz, aber auch mechanischer Lüftung oder überbordender Fluchtwegslängen auf ein sinnvolles Maß, könnten die Wohnungskosten um 20 bis 30 Prozent verringert werden. Das ergab eine Studie der TU Graz im Auftrag von FPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Manfred Haimbuchner: „Wir müssen ohne Tabus daran gehen, die gesetzlichen Rahmbedingungen zu ändern, Normen weiter entschärfen und entwirren. Ziel ist es, auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren."

Differenzierte Auflagen

Vor allem die immer strengeren Vorschriften zu Brandschutz und Barrierefreiheit stellen die größten Kostentreiber dar. „In Städten könnte man durchaus nur 20 Prozent der Gebäude barrierefrei gestalten – mit Extraausstattungen zur Erleichterung für ältere oder behinderte Menschen", betonte Haimbuchner. Denkbar wäre es, verschiedene Arten des sozialen Wohnbaus zu errichten: barrierefrei und mit Lift und/oder mit Vollausstattung. „Wer sich das aber nicht leisten kann und will, soll ebenso ein Billigangebot haben können. Nur so kann sozialer Wohnbau und leistbarer Wohnraum mittel- und langfristig gewährleistet werden", erklärte der FPÖ-Landeshauptmannstellvertreter.

Ziel sei es, mit der stabilen Neubauleistung von rund 2.500 Wohneinheiten in Oberösterreich leistbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Foto: NFZ

LÄNDER-SACHE

Manfred Haimbuchner
FPÖ-Landesparteiobmann Oberösterreich

Die steigenden Sozialkosten belasten zunehmend die Haushalte. Ein wesentlicher Teil dieser Kostenexplosion resultiert aus der steigenden Anzahl von Asylberechtigten in der Mindestsicherung. Wir haben daher in Oberösterreich auf freiheitliche Initiative hin bereits im vergangenen Jahr eine Kürzung der Leistungen für Asylberechtigte umgesetzt.

Arbeit muss sich lohnen

Nun folgte der nächste Reformschritt: Der oberösterreichische Landtag beschloss am 8. Juni mit den Stimmen der FPÖ die Deckelung der Mindestsicherung auf monatlich 1.500 Euro. Die Mindestsicherung soll zur kurzfristigen Überbrückung in sozialen Notlagen dienen.

Uns geht es vor allem darum, dass sich Arbeit wieder lohnt und dass auch wieder ein deutlicher Anreiz zur Arbeit besteht. Als einziges Bundesland machen wir es daher möglich, zur Mindestsicherung in bestimmter Höhe dazuzuverdienen. So hat eine Person, die sich aktiv um eine Reintegration in den Arbeitsmarkt bemüht, am Monatsende mehr in der Haushaltskasse als ein Mindestsicherungsbezieher ohne Arbeitsleistung.

Natürlich wurden für besondere Härtefälle Ausnahmeregelungen geschaffen. Vom Deckel ausgenommen sind beispielsweise pflegebedürftige, beeinträchtigte oder arbeitsunfähige Personen und Alleinerziehende. Nur durch den entschiedenen Einsatz der FPÖ gibt es in Oberösterreich bereits die zweite große Reform innerhalb eines Jahres im Sozialbereich. Dadurch übernimmt unser Land eine Vorreiterrolle, die es ohne uns nicht gegeben hätte.

GEZWITSCHER

Zlatan Onkovic
@Zlatan_Onkovic

Mit Peter #Pilz hat der letzte Grüne die @Gruene_Austria verlassen. Was noch übrig bleibt, ist ein abgehobener Bobo-Verein.
25.06.17 16:06

Die Bundes-Grünen folgen dem Trend der Wiener Grünen. Den „Erfolg" werden sie am 15. Oktober zu sehen bekommen.

fluglehrer
@fluglehrer

#Kern: „Nun sag, wie hältst du es mit der Privatschule?"
25.06.17 08:36

Reale Bildungspolitik: SPÖ- und Grün-Politiker schicken ihre Kinder in Privatschulen. Auch SPÖ-Kanzler Kerns Tochter geht in eine katholische Privatvolksschule.

WHATSAPP

GEFÄLLT MIR

HC Strache
25.06.2017

Unglaublich! Was ist nur mit unserer Justiz los?

Justiz lässt Donauinselfest-Vergewaltiger laufen
Eine junge Frau wurde von einem 18-Jährigen attackiert und ins Gebüsch gezerrt.
WWW.OE24.AT

1.131 Personen gefällt das.

Wieder hat die Justiz ihren „humanen" Umgang mit kriminellen Asylwerbern an den Tag gelegt. Werden Sexualdelikte jetzt wieder als „Kavaliersdelikte" gewertet?

Deutsches Hassposting-Gesetz ist „umfassend rechtswidrig"

Experten zerpflücken die Gesetzesvorlage des SPD-Justizministers

Der Versuch des deutschen Justizministers, „Hasspostings" in den sozialen Netzen per Gesetz einzudämmen, ist vorerst einmal gescheitert.

SPD-Minister Maas muss umstrittenes Gesetz überarbeiten.
Foto: bmjv.de

Gleich acht der zehn vom deutschen Bundestag eingeladenen Sachverständigen haben das Vorhaben der schwarz-roten Bundesregierung als verfassungswidrig eingeschätzt. Denn gemäß der Vorlage müssen die Betreiber der sozialen Netzwerke wie Facebook, Twitter und andere selbst entscheiden, was ein sogenanntes „Hassposting" ist und was noch als Ausdruck der freien Meinungsäußerung zu akzeptieren sei. „Offensichtlich rechtswidrige Inhalte" müssten dann binnen 24 Stunden sowie andere illegale Inhalte, bei denen die Entscheidung komplizierter sei, binnen sieben Tagen gelöscht werden.

Angriff auf Meinungsfreiheit

Die von Justizminister Maas angebotene Fristverlängerungen sind dem Verband der deutschen Internetwirtschaft (Eco) zu wenig: Die erhobenen verfassungsrechtlichen Bedenken, ob der Bund über die nötige Kompetenz zu einem solchen Gesetz überhaupt verfüge, bestünden nach wie vor. Die Interessensvertretung kündigte an, nötigenfalls sogar das deutsche Verfassungsgericht anzurufen. Denn in dem Gesetzesvorhaben sieht sie einen massiven Eingriff in das verfassungsmäßig garantierte Recht auf die freie Meinungsäußerung.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Weil die Chefs von SPÖ und ÖVP schon seit Wochen im Dauerwahlkampfeinsatz sind, machen sich die Medien bereits Sorgen, wann die FPÖ denn ihren Wahlkampf eröffnet. Laut den von der Tageszeitung „Österreich" zitierten „FPÖ-Insidern" soll es einen „späten Start" mit Hauptgegner Kurz geben, um die Abwanderung blauer Wähler zur ÖVP zu verhindnern.

FP-Chef Strache mit FP-General Herbert Kickl.

FPÖ plant späten Wahlkampfstart und dann nur ein »Duell mit Kurz«

BLAUE Pläne. Derzeit läuft es für die FPÖ – über lange Zeit Nummer 1 – in den Umfragen mehr schlecht als recht. Trotzdem scheint die FPÖ-Spitze momentan ungewohnt gelassen. Das hängt wohl auch mit Duell. Ab Anfang September soll dann die blaue Wahlkampfmaschinerie voll anlaufen. Dabei soll es angeblich „keine weiteren Zuspitzungen beim Flüchtlingsthema geben", behauptet ein FPÖ-Insider. Vielmehr will Strache offenbar

Während die rot-grüne Wiener Stadtregierung islamistische Vereine oder Moscheen zu verstecken versucht, geht der Welser FPÖ-Bürgermeister Andreas Rabl in die Offensive. Per Inserat machte er die Polizei und den Verfassungsschutz auf radikal-islamistische Tendenzen in zwei Welser Moscheen aufmerksam. Aber als Parallele zu Wien wiegelt in Wels der Polizeichef ab.

Welser Parteien sehen Gefährdung
Stadt Wels

Moscheen-Alarm ist für Polizeichef nur Politikum

Ein Inserat der FPÖ Wels ließ vergangene Woche die Alarmglocken bei der städtischen ÖVP schrillen: Von Hinterhofmoscheen mit radikal-islamischen Tendenzen war dort die Rede. Wie berichtet, stuft Bürgermeister Andreas Rabl (FP) die Moscheen zweier Vereine in der Bahnhof- und der Lindenstraße als Gefährdungspotenziale ein. Stadtpolizeikommandant Klaus Hübner hat zwar kürzlich in einem TV-Interview erklärt, dass sich auch in Wels islamistische Gefährder aufhalten könnten, auf „Krone"-Nachfrage winkt er im Bezug auf die Moscheen aber ab. „Für mich ist diese Diskussion ein reines Politikum und nicht nachvollziehbar. Die Forderung, dass der Verfassungsschutz wieder von Linz nach Wels verlagert werden soll, ist nett. Ich glaube aber nicht, dass das passieren wird", so Hübner.

Würdige Ehrung Monteverdis zum 450. Geburtstag

Venedig: Verdienter Jubel für „Die Krönung der Poppäa“ im Teatro La Fenice

Claudio Montverdi (1567-1643) hat in den letzten 70 Jahren auf erstaunliche Weise Karriere gemacht. Nikolaus Harnoncourt erzählte gerne, den Namen während seines Studiums nie gehört zu haben. Dann tauchte der Komponist auf wie ein wohlbekannter „Wiederankömmling aus dem Schoß der Geschichte“, parallel zu den Anfängen der Originalklang-Bewegung. Und heuer, da sich dessen Geburtstag zum 450. Mal jährt, wird er weltweit abgefeiert.

Gardiners Triologie

Ein Höhepunkt der Feierlichkeiten ist die Aufführungsserie seiner drei erhaltenen Opern, die Sir John Eliot Gardiner und sein Ensemble zu allen bedeutenden europäischen Musikfestivals führt und dann in New York und Chicago zu Ende geht. Der Anfang wurde in Venedig gemacht. Im prächtigen Rahmen des Teatro La Fenice gelangte eine halbszenische Version (Regie: Elsa Rooke und Sir John Eliot selbst) der „Incoronazione di Poppea“ in der Fassung von Clifford Bartlett zur Aufführung. Zwei Dutzend exzellenter Musiker – die English Baroque Soloists – spielen auf einem Podium, das vor und hinter dem Orchester Platz für eine Andeutung der Handlung lässt.

Fest der Countertenöre

An der Spitze des Solistenensembles stehen zwei ganz außergewöhnliche Countertenöre: Kangmin Justin Kim (Nerone) mit engelhafter Stimme, ganz in der Tradition eines Alfred Deller, und Carlo Vistoli (Ottone) mit vergleichsweise geradezu irdischem Timbre. Hana Blažikova (Poppea) macht mit der Süße ihres Soprans beinahe vergessen, dass die Poppea (auch) berechnend ist.

Zutiefst berührend gestaltet Gianluca Buratto mit ebenso profundem wie weichem Bass die Szenen des Seneca. Marianna Pizzolato (Ottavia) überzeugt mit dramatischer Attacke. Anna Dennis, Lucile Richardot und Silvia Frigato (jeweils in mehreren Rollen) reihen sich in das hohe Niveau ein, das auch von den übrigen Solisten und dem Monteverdi Choir gehalten wird. Nicht unerwähnt bleiben dürfen die komischen bzw. grotesken Facetten, die Francesca Boncompagni (Damigella) und Michael Czerniawski (Nutrice) beisteuern. Und über dem Ganzen waltet souverän und unaufgeregt Sir Eliot Gardiner. Die Begeisterung der aus aller Welt angereisten Musikfreunde war groß. Und in ihr klang wohl auch der Dank an den Divino Claudio mit, den Gründervater der Oper, einer Kunstform, an der sich mehr als ein Dutzend Generationen delektieren konnten, einer Kunstform, die wir vermutlich aber bereits verspielt haben. *flp*

Foto: Teatro La Fenice

Eliot Gardiner zelebrierte in Venedig Monteverdis 450. Geburtstag.

FPÖ pro Mittelstand forciert Jungunternehmer

Vergangene Woche folgten mehr als 40 interessierte Jungunternehmer der Einladung der „Freiheitlichen Wirtschaft – FPÖ pro Mittelstand“ zur Veranstaltung „Traditionsbetrieb trifft Jungunternehmer“ in den „Flagship Store“ der Augarten Porzellanmanufaktur. Organisiert und geleitet wurde der exklusive Abend von der Nationalratsabgeordneten Jessi Lintl, Vorstandsmitglied von „FPÖ pro Mittelstand“ sowie dem Landtagsabgeordneten und Präsidenten von „FPÖ pro Mittelstand“, Karl Baron.

Im Zuge dieses Abends präsentierte der Jungunternehmer Manuel Hauser sein Jungunternehmen, das mittlerweile große Erfolge im Onlinehandel verzeichnen konnte.

Foto: FPÖ Pro Mittelstand

Ein gelungener Abend für die Veranstalter Jessi Lintl und Karl Baron (rechts) wie auch den Jungunternehmer Manuel Hauser (links).

Foto: FPÖ Schärding

Die aktiven freiheitlichen Damen des IFF Schärding zog es beim diesjährigen Sommerausflug ins malerische Mühlviertel.

IFF Schärding zu Besuch im Mühlviertel

Wenn die freiheitlichen Frauen des Bezirkes Schärding einen Ausflug ins wunderschöne Mühlviertel unternehmen, lässt auch das Wetter keine Wünsche übrig. Bezirksfrauenreferentin Marianne Hacker konnte dabei wieder zahlreiche interessierte Damen begrüßen.

In Helfenberg durften sie sich von der Verarbeitung der Naturfaser Flachs bis zur Produktion der maßgeschneiderten Jeans einen Einblick verschaffen. Nach dem Mittagessen ging es weiter zur einzigen österreichischen Bonsai–Schule nach Sarleinsbach. Dort führte der Firmenchef persönlich die Damen durch die Schau mit mehr als 12.000 Miniaturbäumen – beeindruckend dabei, dass es sich vorwiegend um heimische Baumsorten handelt.

+++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++

INFO - KOMPAKT
Die Freiheitliche Partei Österreichs

Als politisch interessierter Bürger stößt man unweigerlich auf unterschiedliche Fragen zur Organisation und zum Programm der FPÖ. Beispiele sind:

- Wie hat sich die FPÖ historisch entwickelt?
- Wie ist die FPÖ organisatorisch aufgebaut?
- Wie gliedert sich die Partei auf Bundes- und Landesebene?
- Welche Gremien entscheiden in der FPÖ worüber?
- Was sind die Kernpunkte des freiheitlichen Parteiprogramms?
- Wohin kann ich mich auf Bundes-, Landesebene wenden?

Diese und ähnliche Fragen versucht die vorliegende Broschüre knapp und übersichtlich – kurzum: kompakt – zu beantworten. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf leichter Verständlichkeit und grafischer Anschaulichkeit.

GRATIS zu beziehen über das FPÖ-Bildungsinstitut:

Friedrich Schmidt Platz 4, 1080 Wien
Telefonisch unter 01/512 35 35-36 oder per Mail: bildungsinstitut@fpoe.at

Mit Ihrer Bestellung erklären Sie sich einverstanden, künftig über Aktivitäten und Neuerscheinungen der FPÖ und des FPÖ-Bildungsinstitutes informiert zu werden.

FPÖ BILDUNGSINSTITUT